

Berliner Börsen-Beitung.

Berlin, Dienstag, Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:
Bierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf., ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. Postrecht 13 Kr. 82 Hell., Rußland 4 Rub. 65 Kop., Holland 7 Fl. 60 Cts.

für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-SENDUNG 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Messrs. 30 Abchurch Lane E.C. und bei Messrs. 19 Old Broad Street E.C.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen

Verdingungs-Anzeiger.
Hotels- und Bäder-Anzeiger.
Vollständige Diringslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.
Allgemeine Verlosungslisten mit Preisausschüssen und viele andere wichtige tabellarische Nachrichten.

Insertions-Gebühr:
Die viergespaltene Zeile 60 Pf. Restamtzeit 1 Mk.

Telegramm-Adresse: **Börsenfrone.**

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Fernsprecher: **Ant 1, Nr. 243.**

Vom Tage.

In der bayerischen Kammer der Reichsräte kam es gestern bei der Beratung des Kultusrats zu einer interessanten Diskussion über die Lehfreiheit der Professoren der Theologie.

Die mit dem gestrigen Tage eingetretene Neuorganisation des österreichischen Handelsministeriums wurde im österreichischen Abgeordnetenhaus durch den Handelsminister angekündigt.

Im englischen Unterhause erklärte gestern ein Regierungsmitglied, England habe mit Ausland ein Abkommen über Mazedonien getroffen, es sei aber noch keine Zeit gewesen, mit den anderen Mächten zu beraten.

Als Akt der Solidarität mit den Streikenden in Parma proklamierten die Arbeitskammern in Bologna und Spezia den Streik.

Der rumänische Finanzminister erließ ein Ausfuhrverbot für Futtermittel.

Kompromittierende Kompromisse.

Politik ist kein Kinderfuß, hat einmal ein hervorragendes Mitglied der preussischen Volksvertretung, eine Säule der alten Fortschrittspartei, gemeint und damit lebhaft einen Tatbestand, der in der Natur der Dinge liegt, richtig wiedergegeben. Mit den gewöhnlichen Begriffen von Ehre, wie sie im privaten Leben zur Richtschnur dienen müssen, falls man sich nicht berechtigten Vorwürfen aussetzen will, kommt man in der Politik nicht immer zurecht, in der auswärtigen am allerwenigsten, aber auch nicht in der inneren. Man braucht noch lange nicht dem zeitlichen Grundbesitz zu huldigen, daß der Zweck die Mittel heilige, und man kann noch sehr weit von der betrachteten Ansicht entfernt sein, daß die Politik den Charakter vererbe, aber man wird der Erkenntnis sich nicht entziehen können, daß zwischen ein höheres Interesse der Politik Schritte angezeigt erscheinen läßt, zu denen man sich andernfalls kaum verleben würde. Man verschweigt, was man weiß und was man denkt — gemäß dem „toute la vérité n'est pas bonne à dire“, was einmal der Altmeisterkanzler anno 1884 gelegentlich einer gepfeiften Auseinandersetzung mit dem Fortschritt „seinem diplomatischen Gewerbe zu gute gehalten“ wissen wollte —; man knebelt ab, was geschwehnt, man paktiert mit Feinden und Gegnern und läßt vorzüglich die Lücke offen, durch die hindurch man den Pakt zu brechen gedenkt. Und alles das passiert in allen Lagern, ohne daß irgendjemand davon besondere Gewissensbisse empfinden würde. Das ist nun einmal der Lauf der Dinge in rebus politiciis, und wer da dem Brauche entgegen überall und stets sich in zarter und zaghafter Rücksichtnahme auf pießbürgerliche Moralbegriffe erschöpfen wollte, würde nur riskieren, ins Hintertreffen zu geraten und laut oder im stillen ausgelacht zu werden.

Kompromisse zu schließen, hat von jeher am allerwenigsten als etwas geachtet, was vom Standpunkte der Ehre für einen Politiker oder für eine politische Partei bemerkenswert wäre. Es wäre auch in Wirklichkeit das denkbar Beste, wollte man so naiv über ein gelegentliches Patieren auch mit grundsätzlichen Gegnern urteilen, das ja am letzten Ende doch immer nur dem Zwecke dient, von dem, was man erreichen möchte und keinesfalls völlig und bis zum letzten Neß erreichen kann, wenigstens das eine und andere durchzugeben. Und was im besonderen die Kompromisse bei Wahlen anlangt, so kann es unter Umständen geradezu zu einer gebietenden Pflicht werden oder doch als solche erscheinen, durch Abmachungen von Partei zu Partei, durch ein Zusammengehen mit nichts weniger als Gleichgesinnten für einen im gegebenen Augenblicke höheren Zwecke zu sorgen. Und in der Regel ist es

denn nur eine gewollte, fingierte, raffinierte Harmlosigkeit, die in solchen Vorgängen etwas Ungehörliches findet. Die gemachte Entrüstung des Zentrums über die Blockpolitik und die Blockwahlen von 1907 ist dafür wohl ein hinreichend schlagendes Beleg.

Grundsätzlich könnte man danach zweifellos auch das Vorkommnis in Flensburg, den Pakt der dortigen Freisinnigen mit den Konserverativen, durch den das letztere in nationalliberalen Besitz gemeinsame Mandat in freisinnigen Besitz hinübergeliefert worden ist, als eine Aktion ohne besondere Bedeutung hinnehmen und darüber zur Tagesordnung übergehen. Aber die Sache hat doch wegen der Begleitumstände einen ganz eigenartigen seltsamen Anstrich, und wenn die öffentliche Meinung, auch über die liberalen Kreise hinaus, sie geradezu als „Flensburger Skandal“ getauft hat, so liegen wichtige Gründe vor, diese abfällige Bewertung des Vorganges zu unterschreiben. Der ganze Wahlkampf, der den Wahlen vom 16. Juni vorausging, stand oder sollte doch stehen unter dem Zeichen: Liberalismus gegen Konserverative! Es galt, die Hebermacht der letzteren zu brechen, oder doch zu schwächen, soweit es irgend möglich war. Ein Handlungsgang, ein freundschaftliches Einvernehmen der Liberalen aller Schattierungen war hierfür *conditio sine qua non*. Daß in einem Wahlscheit ein nationalliberaler und ein freisinniger Kandidat gleichzeitig sich um das Mandat bewarben, war dadurch nicht ausgeschlossen und brauchte auch nicht ausgeschlossen zu sein, wofür nur dem vermehrte größerer Stimmzahl in die Stichwahl gelangenden liberalen Kandidaten von den Wählern des ausfallenden anderen liberalen Kandidaten Stichwahlhilfe gemiß war! Noch am Tage vor der Wahl wurde dies ja auch dem Provinzialvorstand der nationalliberalen Partei durch ein Telegramm aus freisinnigen Mandatsbewerbers zugesichert! Und wenn da gleichwohl bereits zur selben Stunde der geheime Pakt mit den Konserverativen abgeschlossen war, der dem an Stimmenzahl weit hinter dem nationalliberalen Bewerber zurückbleibenden Freisinnigen Dr. Duns den Sieg gleich im ersten Wahlgange sicherte — mit der Wahlsache künftiger Gegenleistung an die Bündler bei den Reichstagswahlen! — so war das eine, man kann nicht anders sagen, Hinterhältigkeit, die ihresgleichen sucht.

Die Eringung eines Mandats in Ober- und Niederbarnim ist wahrlich kein Ruhmestitel für die Freisinnigen, Aber die Erlangung des Mandats für Flensburg, Unter-Verdrängung des nationalliberalen bisherigen Vertreters des Wahlscheit, ist für sie nicht nur kein Ruhmestitel, sondern das schmerzgerade Gegenteil davon. Und wenn der Freisinn im Lande mitamt dem Parteivorstande noch ein Gefühl dafür haben, welchen Eindruck die Flensburger Vorgänge überall in ehrlich liberalen Kreisen gemacht haben, so können sie nichts besseres tun, als jenes kompromittierende Kompromiß rückgängig machen. Und zwar rückgängig dadurch, daß Dr. Duns das so seltsam errungene Mandat sofort wieder niederlegt!

Telegramme.

Spandau, 22. Juni (G. T. G.) Der bei dem Automobilunglück auf der Chaussee Frieleben-Oberstiedt bei Magdeburg tödlich verunglückte Offizier ist nach Mitteilung der Kommandantur Spandau der Leutnant Wagner vom Brandenburgischen Trainbataillon No. 3 in Spandau.

München, 22. Juni (G. T. G.) In der Kammer der Reichsräte dankte bei der Beratung des Kultusrats Erzbischof Stein-München der Regierung für die in der Abgeordnetenkammer gegebene Erklärung über die Grenzen der Lehfreiheit der Professoren der Theologie. Kultusminister Dr. v. Welner erwiderte: Die Wissenschaft bedarf der Freiheit, der Staat kann der freien Forschung keine Fessel anlegen. Anders aber liegt es bei der Lehfreiheit. Hier

darf der religiöse Glaube der Jugend nicht verlegt werden. Hypothesen sollen nicht ausgeschlossen sein, dürfen aber nicht als feststehende Tatsachen vorgetragen werden. Für Professoren der Theologie sind die Grenzen noch enger. Die Kirche kann den Vortrag irriger Lehren nicht dulden. Die Kirche hat das Recht festzustellen, ob eine Lehre irrig ist. Der Staat prüft dann in jedem Falle, welche Konsequenzen er daraus zieht. Reichsrat Professor Schanz-Würzburg führte aus, für die Lehfreiheit könne nur das Strafgesetzbuch und das gemeine Recht als Schranke gelten. Ein Professor könne die Wissenschaft nicht anders lehren, als er sie in seinen Schriften vertritt. Sonst leide das Vertrauen der Studenten zum Lehrer. Die Lehfreiheit dürfe nicht beschränkt werden. Die Studenten könnten nicht immer am Gängelband geführt werden, sie müßten sich ihre Lebensaufklärung selbst bestimmen. Kultusminister Dr. v. Welner führte in seiner Erwiderung aus: Ein Professor muß sich in seinen Vorträgen vor den jungen Leuten eine größere Reserve auferlegen als in seinen Schriften. Der Student soll nicht am Gängelband bleiben, aber ein Professor muß Hypothesen als solche bezeichnen, er hat nicht volle Lehfreiheit und darf nicht Lehren vortragen, die an die Grundwürzel des Staates die Art anlegen. Reichsrat Dr. Schanz erwiderte, die Lehfreiheit sei nicht zu beanstanden, da jeder Lehrer einen gewissen Takt besitze. Würde ein Professor antimonarchistische oder anarchistische Lehren vortragen, so käme er mit seinem Eide in Konflikt. Damit schloß die Diskussion.

Brünn, 22. Juni (G. T. G.) Die Vorlesungen an der tschechischen Technischen Hochschule wurden heute wieder aufgenommen. An der tschechischen Technischen Hochschule finden heute noch keine Vorlesungen statt, da über die definitive Stellungnahme der Technikerschaft zum Streik in einer nachmittäglichen einberufenen Vollversammlung entschieden wird.

Wien, 22. Juni (G. T. G.) Abgeordnetenhaus. In fortgesetzter Spezialdebatte über das Budget kündigte Handelsminister Dr. Fiedler die mit dem heutigen Tage eingetretene Neuorganisation des Handelsministeriums, insbesondere die Schaffung einer sozialpolitischen Sektion an. Der Minister sprach die Erwartung aus, das Handelsministerium werde hierdurch in noch intensiver und erfolgreicherer Weise als bisher seinen umfassenden Aufgaben gerecht werden können.

St. Etienne, 22. Juni (G. T. G.) Bei einem Grubenunglück gab es 8 Tote, ein Verwundeter ist schwer verletzt. Arbeiter, die mit der Lösung des Brandes beschäftigt waren, sollen, weil es sie froh, die Öffnung des Ventilationsrohrs verstopft haben und an Kohlenoxyd erstickt sein.

London, 22. Juni (G. T. G.) Unterhaus. Lynch (liberal) richtete folgende Anfrage an die Regierung: Ist ein Abkommen zwischen der englischen und der russischen Regierung betreffend die mazedonische Frage getroffen worden? Kann Staatssekretär Grey erklären, welches die Hauptpunkte dieses Übereinkommens sind? Hat das Übereinkommen die Zustimmung der anderen Signatarmächte des Berliner Vertrages erhalten? An Stelle des Staatssekretärs erwiderte Unterstaatssekretär Pease: Wir haben ein Abkommen mit der russischen Regierung getroffen, aber es war noch keine Zeit, uns mit den anderen Mächten zu beraten. Bis dies geschehen sein wird, kann Grey nicht sagen, welche Vorschläge in Konstantinopel gemacht werden würden.

Rom, 22. Juni (G. T. G.) Die Arbeitskammern in Bologna und Spezia proklamierten den Streik als Akt der Solidarität mit den Streikenden in Parma. Trotz des Streiks ist in beiden Städten ein Teil der Geschäfte geöffnet. In Spezia arbeiten die Arbeiter des Arsenal regelmäßig weiter. In Bologna machen die Arbeiter nach einer Versammlung den vergeblichen Versuch, die Arbeit in der Tabaksmaschinenfabrik zum Stillstande zu bringen. Die Ordnung wurde nicht gestört.

Rom, 22. Juni (G. T. G.) Infolge des Zwischenfalles in der Deputiertenkammer am 18. d. Mis. fand heute zwischen dem Deputierten Santini und dem Journalisten Gambelli ein Duell statt. Nachdem der Kampf mit kurzen Unterbrechungen 65 Minuten gedauert hatte, erklärten die Ärzte, es